

Saale-Beitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Epitaphen oder deren Raum mit 30 Bfg., folche aus Halle mit 20 Bfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, 1. Etage von unseren Annahmestellen und allen Annahmestellen angenommen. Retikolen die Seite 75 Bf.

Ercheidet wöchentlich zwölfmal; Samstags und Montags einmal, sonst jeztmal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, 1; Telephon Nr. 590 u. 591.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Vergleichsamt unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für unterlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. 'Saale-Beitung' nur mit Anwesenangabe; 'Saale-Beitung' gefaltet. Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a. Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 68, 1; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 63.

Halle a. S., Freitag, den 7. Februar

1908.

Die mittleren Postbeamten.

Im Reichstag kommt nach Erledigung des Militärärelats in den nächsten Tagen der Etat der Postverwaltung zur Verhandlung. Die Beratung wird diesmal weniger Zeit als früher in Anspruch nehmen, da die Frage der Beamtengehälter, die sonst zu eingehenden Erörterungen Veranlassung gegeben hat, diesmal zunächst ausscheidet und erst zur Erörterung kommt, wenn die Beamtenbesoldungsfrage an den Reichstag gelangt. Aber abgesehen von den Gehaltsfragen bestehen mancherlei berechtigte Wünsche unter den Postbeamten, über die im Reichstag schon bei der Etatsberatung verhandelt werden muß. Das gilt namentlich von den Beförderungsvorschlägen der mittleren Post- und Telegraphenbeamten, die viel zu wünschen übrig lassen.

Vor dem Jahre 1903 war den Assistenten und Oberassistenten sowie Postverwaltern das Aufsteigen über diese Stellen hinaus in die übrigen Stellen des mittleren Dienstes grundsätzlich verweigert. Zur Wöschung der Sekretärprüfung wurden nur die zivilisierungsberechtigten Militärämter zugelassen. Die weitaus größte Zahl der zu den mittleren Beamten gehörenden Sekretäre, Obersekretäre und Postmeisterstellen sowie Bureau- und Kassenbeamtenstellen wurden mit Anwärtern der höheren Laufbahn besetzt. Es bestand mithin eine Verquickung der mittleren und der höheren Laufbahn, ein Verhältnis, das sowohl für die höheren wie für die mittleren Beamten zum Schaden auslagerte, zumal, da die verschiedenen Kategorien von Beamten, Gehilfen, Anwärter, Eleven, Assistenten, Oberassistenten, Praktikanten und Sekretäre, oft nebeneinander bei ungleicher Besoldung gleichen Dienst verrichteten. Dieser Zustand konnte nach keiner Richtung hin beibehalten, denn während der höheren Postlaufbahn infolge des Durchganges ihrer Anwärter durch subalterne Dienststellen oder des dauernden Verbleibens dieser in solchen Stellen das Dium der Mindereinstufung anwuchs, vertiefte sich bei der Assistentenklasse immer mehr die Erkenntnis, daß ihre Stellung auf der einen Seite über den ihr ursprünglich zugewiesenen Rahmen hinauswuchs, ohne daß ihr andererseits für die erhöhte Inanspruchnahme ihrer Fähigkeiten und ihrer Arbeitskraft ein angemessenes Äquivalent zuteil wurde. Das Verlangen nach Erweiterung ihrer Laufbahn ward daher bei den Assistenten und Postverwaltern allgemein und machte sich um so nachdrücklicher geltend, je mehr ihnen ihre Benachteiligung gegenüber den gleichartigen Beamten anderer Verwaltungen zum Bewußtsein kam.

Die Personalreform von 1900 hat hier insofern Wandel geschaffen, als sie die so überaus notwendige reinliche Scheidung zwischen der höheren und der mittleren Laufbahn eintreten ließ. Den Assistenten wurden dadurch alle Stellen des mittleren Dienstes freigegeben. Die Freude, mit der deshalb die neue Personalordnung begrüßt wurde, ist aber einer kühler Beurteilung gewichen, nachdem sich in der Praxis gezeigt hat, welche Mängel ihr anhaften, wie geringe Wirkung sie auf die dienstliche und wirtschaftliche Lage der großen Masse der Beamten ausübt, wie wenig es zur Geltung ist, die im Interesse der Dienstfähigkeit und zur Fernhaltung berechtigter Berufungen wünschenswerte und notwendige Gleichstellung der mittleren Post- und Telegraphenbeamten mit den mittleren Beamten anderer Verwaltungen des Reiches und Preußens herbeizuführen, und wie wenig die dem gegenwärtigen Stande, namentlich aber der voraussetzlichen künftigen Entwicklung der Personalverhältnisse gerecht wird.

Obwohl durch die Personalreform allen Beamten die Möglichkeit geboten wurde, in die Sekretärstellung und in die besser besoldeten Stellen der mittleren Laufbahn zu gelangen, wurde diese theoretische Möglichkeit für die allermeisten doch unwirksam gemacht durch die in keinem Verhältnis zur großen Zahl der Assistenten stehende geringe Zahl von Sekretärstellen und durch die Forderung der Lösung einer gegen früher erheblich schwieriger gestellten Sekretärprüfung. Ein großer Teil der in Betracht kommenden Beamten hatte bereits eine 20-30jährige oder längere Dienstzeit hinter sich und befand sich in einem Alter, in dem der Geist für Gedächtnislosh weniger aufnahmefähig geworden ist und in dem bei nicht wenigen Beamten das Schreckbild sich bagieren fruchtete, die der Erfolglosigkeit in der Prüfung auszuweichen. Diese Gefahr war aber um so größer, als den ältesten Beamten nur eine 14jährige Vorbereitungszeit zugewiesen worden war, die sich bei dem umfassen Prüfungsstoff und bei den verschärften Prüfungsbedingungen als völlig unzulänglich erweisen mußte. Aber auch diejenigen jüngeren Beamten, denen eine längere Vorbereitungszeit zur Verfügung stand, sind vielfach in ihren Hoffnungen und Erwartungen getäuscht worden, da nur ein geringer Bruchteil den in den Prüfungen gestellten Anforderungen gewachsen konnte. Und selbst diejenigen Beamten, denen ein Erfolg in der Prüfung beschieden war, haben bisher nur geringe Vorteile, zum Teil noch gar keine, daraus gezogen, da das Einrücken in die Sekretärstellen oft mit einem Gehaltsrückgang nicht verbunden ist, sondern erst in späteren Jahren materiell fühlbar wird, und weil die besser besoldeten Stellen des mittleren Dienstes auf absehbare Zeit noch mit Anwärtern der höheren Laufbahn besetzt

sein werden. Auf die große Masse der Assistenten aber hat die neue Personalordnung eher nachteilig als vorteilhaft gewirkt. Sie kommen auch unter den neuen Verhältnissen nicht über die Oberassistentenstellung hinaus. Während diese früher als Entfesselung galt und dementsprechend höher besoldet war, als die Durchgangsstellung der preussischen Assistenten, wird sie jetzt ebenfalls als Durchgangsstellung betrachtet, obwohl sie vorwiegend Entfesselung geblieben ist. In Bezug auf Bemessung der Besoldung wird sie jedoch zum Nachteil für ihre Inhaber nicht mehr als Entfesselung behandelt.

Aus solchen Erwägungen heraus, sowie infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Lage der mittleren Post- und Telegraphenbeamten, ferner infolge der bei der bevorstehenden Besoldungsbesserung erforderlichen Gefahr für die Assistenten der Postverwaltung, ihren derzeitigen Vorprung im Meistgehalt um 300 M. zu verlieren und wegen des Gleichklanges des Titels mit den unter leichteren Bedingungen in den Dienst eintretenden Assistenten anderer Verwaltungen im Gehalte gleichgestellt zu werden, hat sich eine nachhaltige Bewegung auf Aenderung der Personalordnung bei der Post- und Telegraphenverwaltung geltend gemacht, die auf Beseitigung der ungünstigen Beförderungsvhältnisse und auf möglichste Gleichstellung mit den mittleren Beamten anderer Verwaltungen abzielt.

Deutsches Reich.

Dr. Barth und v. Gerlach.

Das 'Berl. Tagebl.' meldet die Austrittserklärung der Herren Dr. Barth und v. Gerlach aus dem geschäftsführenden Ausschuss des Liberalen Wahlvereins (der freisinnigen Vereinigung). Die sonstigen Beziehungen der beiden Herren zum Liberalen Wahlverein bleiben hiervon unberührt.

Die Börtenkommission des Reichstages

Legte die Debatte über die §§ 48 und 49 und die dazu gestellten Anträge heute fort. Es wurde nur ein Antrag Schwarzepipps (3.) angenommen, wonach der Absatz 5 des § 48 folgendermaßen gefaßt wird: 'Die Zulassung der Anteile einer inländischen Erwerbsgesellschaft zum Börsenhandel erfolgt nur auf Antrag des Vorstandes der Gesellschaft.' Im übrigen wurden die beiden Paragraphen nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die Bekehrerführer.

Wie der 'Allg. Volkszeitung' verifiziert wird, sind in der bereits fertiggestellten Lehrerbeförderungsvorlage folgende Gehaltsgrundzüge vorgesehen: für Lehrer auf dem Lande 1350 M. Grundgehalt und 150 Mark Alterszulagen, für Lehrer in mittleren Städten 1500 M. Grundgehalt und 200 Mark Alterszulagen, für Lehrer in Großstädten 1650 M. Grundgehalt und 250 Mark Alterszulagen.

Als Stengels Nachfolger

wird neuerdings wieder in parlamentarischen Kreisen Herr Dernburg genannt. Die 'ZfK. Stg.' meint aber, daß diese Nachricht aus persönlichen und sachlichen Gründen sehr unglauwürdig ist.

Der 'Tag.' bestätigt, daß der Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsfinanzamtes Freiherrn von Stengel zur Tatsache geworden ist. Eine amtliche Bekanntmachung des Reichsfinanzamtes dürfte in kurzer Zeit erfolgen. An der nächsten Sitzung der Bundeskommission des Reichstages, in welcher der Etat des Reichsfinanzamtes zur Verhandlung stand, nahm Freiherr von Stengel nicht mehr teil; er wurde durch den Unterstaatssekretär Tzwele und einen Ministerialdirektor vertreten.

Freiherr Hermann von Stengel, geboren am 19. Juli 1837 in Speyer, entstammt einer rheinpfälzischen Familie. Er hat den größten Teil seiner Laufbahn im bayerischen Finanzministerium zugebracht. Nachdem er 1862 die juristische Staatsprüfung bestanden hatte, wurde er zunächst in Augsburg als Regierungs-Rat beschäftigt, bis er 1868 als Rechnungskommissar an die Regierung von Unterfranken (Würzburg) versetzt wurde. Dort blieb er bis zum Jahre 1876, wo er, inzwischen zum Regierungsrat vorgefördert, ins Finanzministerium berufen wurde. In diesem Ministerium wurde er 1879 Oberrechnungsrat und 1881 Ministerialrat. Im Jahre 1894 erhielt er Rang und Titel eines Ministerialdirektors. Zu Neujahr 1898 wurde ihm der Rang eines Staatsrates im außerordentlichen Dienste mit dem Titel 'Erzellenz' verliehen. Seit dem 1. Oktober 1884 war Freiherr von Stengel mit der Stellvertretung des bayerischen Bundesratsvollmachtigen für Finanzsachen in Berlin betraut. Seine Ernennung zum Staatssekretär des Reichsfinanzamtes als Nachfolger des Freiherrn von Stengel erfolgte im August 1903.

Dementis zur Polennotlage.

Die 'Nordd. Allg. Ztg.' schreibt: 'Eine parlamentarische Korrespondenz verbreitet, wie wir der 'Germania' entnehmen, die Behauptung, der Kaiser beschäfte, die Polennotlage zurückzusetzen. Im Hinblick darauf teilt die 'Germania' mit, daß der Kaiser geäußert habe, es sei ihm gleichgültig, was aus der Polennotlage werde. Beide Angaben können wir als Erfindungen bezeichnen.'

Zur Frage der Judenkonvention.

Die 'Nordd. Allg. Ztg.' schreibt: Dem Reichsanstzer Fürsten v. Bülow ist von der Handelskammer in Magdeburg das nachstehende Telegramm zugegangen: 'Wir befeurworteten bisher stets im Interesse des deutschen Judentums jede Herabsetzung der Verbrauchssteuer. Der Antrag Schwerin, diese Steuer wiederum zu ermäßigen, fand ebenfalls grundsätzliche unsere Billigung. Die Herabsetzung der Verbrauchssteuer um 4 Mark ist indessen zu gering, um schon für sich das Bestehen der Judentariffrage für die Zukunft zu sichern. Dagegen würde ein Zuwachs von 10 Mark der Brüsseler Konvention bis zu 10 Millionen den Konventionen haben. Es würde, falls die Konvention nicht, die Konkurrenz des russischen Judentum auf dem Weltmarkt ohne Schranken bleiben. Es würde der jüdische Wettbewerb der einzelnen Länder durch Gewährung von Ausfuhrprämien von neuem entsehtet werden und es würde damit endlich eine völlige Unfreiheit in das ganze Judentum gebracht werden. Die Wirkung dieser Unfreiheit ist nach den Erfahrungen früherer Jahre so verderblich und unüberschaubar, daß wir auf das dringende anraten, der Erneuerung der Brüsseler Konvention auch ohne daß damit eine Ermäßigung der deutschen Verbrauchssteuer für einen bestimmten nahen Termin schon jetzt festgesetzt werden kann, zuzustimmen.'

Die Befragung der Majestätsbeleidigungen.

Der Bundesrat hat gestern den Gesetzentwurf betreffend die Befragung der Majestätsbeleidigungen nach den Beschlüssen des Reichstages entgegnehmigigt.

Beim Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Der Reichsanstzer wird, wie bisher in jedem Jahre, am Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrats am Mittwoch, 12. d. M., im Hotel Alton teilnehmen. Im vergangenen Jahre hielt, wie erinnerlich, der Reichsanstzer bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er seine berechtigte Grabsicht in der 'agrarischen Reichsanstzer' der Desfektivität kundgab. Dem Festessen werden außerdem Deputierte von Herzog Johann Ulrich zu Mecklenburg, Regent von Braunschweig, die Staatssekretäre von Reichmannsdorf und Dernburg und die Minister von Reich und Außen zu sein.

Die Fertigstellung des Wassersechsenwerks

hat, wie die 'Maad. Ztg.' hört, eine weitere Verzögerung erfahren. Die Regierung hatte ursprünglich beabsichtigt, nur den Regierungspräsidenten den Entwurf zur Begutachtung vorzulegen. Diese haben inzwischen auf der Vorlage Stellung genommen. Nummer aber sind auch andere Interessentengruppen, die von der Vorlage und dem Wunsch herangezogen, an der Begutachtung des Entwurfs beteiligt zu werden, und die Regierung hat diesem Erlausen Folge gegeben. Handelskammern und Landwirtschaftskammern beraten daher zurzeit die Vorlage, wobei zu berücksichtigen ist, daß auf diesem Gebiete die Interessen von Industrie und Landwirtschaft - Abwasserfrage, Grundwasserstandsregulierung - weit auseinander gehen. Die Regierung hält jedoch an der Ansicht fest, das Gesetz dem neuen Landtage baldmöglichst vorzulegen.

Papa Ulrich rüffelt seinen Sohn.

In Frankfurt hat sich bekanntlich vor kurzer Zeit der Sohn des 'Genossen' Ulrich über gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen. Die bürgerliche Presse hat die Rede wiedergegeben und dazu bemerkt: 'Was wird Papa Ulrich dazu sagen?' Ulrich antwortet nun auf diese Frage in der 'Mainzer Volksztg.' wie folgt:

'Papa Ulrich wird sagen: Ihr Heudler, habt ihr ganz vergessen, welcher Terrorismus unter den Sozialisten gegen mich und meine Familie verübt wurde - von Geleues wegen, und unter Assistenten fast aller bürgerlichen Parteien? Habt ihr vergessen, daß ich so manden lieben Monat aus der Familie gerissen hinter Gefängnismauern sah wegen meiner politischen Überzeugung? Ist es verwunderlich, wenn infolge der mangelnden Erziehung die Kinder Seitenprünge machen und ein Sohn so dermaßen in die Welt, daß er in gefährlicher Weise gegen seinen eigenen Vater auftritt? Denn kein politischer Heber verhalten ist von anderen Bewegungen getrieben.'

'Verwahrlos' und 'geheißig' und 'andere Beleggründe', das sind ja recht nette Redeworte, mit denen Papa Ulrich um sich wirft. Und dabei war der junge Ulrich gar nicht gegen seinen Vater aufgetreten, sondern hat sich nur eine sachliche Kritik an der Sozialdemokratie erlaubt.

Allgemeine Mitteilungen.

Die Subjektmission des Reichstages, welche in Anwesenheit des Staatssekretärs v. Stengel tagte, genehmigte zur Kapitalanforderung für die Witwen- und Waisenversorgung 53 Mill. Mark.

Der Präsident der Eisenbahndirektion Köster, Brief. Geh. Oberregierungsrat Franz Ulrich, tritt am 31. März in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger ist der Geheimde Oberregierungsrat Martini im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. Geheimrat Martini war in den Jahren 1896 bis 1906 Verkehrsminister der Kaiserlichen Eisenbahnen.

Der Königsberger Kreisverein des Verbandes deutscher Handlungsgewerbetreibenden zu Leipzig sprach sich dem 'B. Z.' zufolge gestern in einer großen Verlam-



lung gegen die Verschmelzung oder ein Kartell mit dem deutschen nationalen Handlungsgesellschaftsverband. Er erklärte sich nur für eine lose Verbindung unter der Voraussetzung der Erreichung des Hauptzweckes seitens der Deutschnationalen und einer Revision ihrer Ansichten betreffs der Forderungen und richtete an alle Kreisvereine das Ersuchen, sich diesem Kartell anzuschließen.

Eine Sitzung der Kommission zur Prüfung der südwestafrikanischen Gesellschaften unter Vorsitz des Staatssekretärs Dernburg findet am 10. Februar statt.

Aus deutschen Parlamenten.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm einstimmig bei der Beratung der Steuern die vorjährige Resolution über die Autonomie für ein mit der Erweiterung, daß über die Erleichterung des Grenzverkehrs und die Behandlung der ausländischen Automobile einheitliche Bestimmungen getroffen werden sollen. Die Kommission für die Beratung des Geleketzungs betreffend ein Punktemonopol nahm in erster Lesung die Regierungsvorlage mit der Beschränkung an, daß die Bestimmungen für fünf Jahre Geltung haben sollen.

See- und Flotte.

Kaiserliche Marine. „Bremen“ ist am 5. Februar in Port of Spain auf Trinidad eingetroffen und geht am 27. Februar von dort nach Guaymas in See. „Luchs“ ist am 5. Februar von Saigon nach Hongkong in See gegangen. „Hart Wismar“ mit dem Chef des Kreuzerskommandos und „Niede“ gehen am 7. Februar von Singapur nach Batavia in See.

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung vom 6. Februar, 1. Uhr.

Die Beratung des Militäretats.

wird fortgesetzt. Beim Kapitel „Militärrentenbeträge“ fordert der Abg. Werner (Reformp.) Wepfstellung einzelner Kategorien von Rentenanwärtern.

Oberstleutnant Goltz sagt wohlwollende Erwägung zu. Abg. Volkoff (fr. Vgl.): Eine ganze Anzahl von Angehörigen bei der Seeverwaltung befinden sich noch immer nicht in einem Beamtenverhältnis. Es würde auf die Beihilgen bezugsfähig werden, wenn uns heute erklärt würde, daß die bevorstehende Schiffsreform auch dem bereits benutzten werden, um alle die Betroffenen in ein festes Beamtenverhältnis zu bringen. Ohne daß hierauf Antwort erfolgt, wird das Kapitel genehmigt.

Beim Kapitel „Militär-Zuschüsse“ erwidert Abg. Groener (Str.) die Ergebnisse der Kriminalstatistik im See. Die Soldatenverhaftungen seien fast herabgegangen; die Zahl der beständigen Verhaftungen sei von 770 in 1901 auf 403 im Jahre 1906 gesunken.

Angewandt sei die Zahl der Verhaftungen, offenbar also habe sich der Erfolg vermindert. Die Marine sei mehr belastet, als das Landheer; bei ihr sei auch die Zahl der Verhaftungen stärker gestiegen. Die Marine habe allen Anlaß, dieser Tatsache ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Am härtesten seien kriminell bestraft — die Statistik unterscheidet nach Armeekorps — Württemberg und Sachsen. Dann erntete Bayern und Preußen. Freilich scheine in Württemberg und auch in Bayern die Schuld der Kriminalität relativ erheblich durch bloße Uebertretungen beeinflusst zu sein. Grundsätzlich sei, daß die Militärstrafrechtsplege jetzt viel mehr als früher auf denselben allgemeinen strafrechtlichen Grundrissen beruhe wie die Zivilstrafrechtsplege. Im Anschluß daran empfiehlt Redner eine Resolution Graf Hoppe's u. Gen. betr. Ausdehnung der Kriminalstatistik für See- und Marine 1. auf die persönlichen Verhältnisse der Verurteilten, 2. auf diverse prozessualische Tatsachen (Zahl der Verhaftungen, Dauer der Untersuchungsfrist, Fälle der Ausschließung der Öffentlichkeit u. m.).

Abg. Stücken (Soz.) stimmt der Resolution zu und insbesondere dem Verlangen nach Angabe der Anzahl der Fälle des Ausschusses der Öffentlichkeit. Kammerlich wenn Soldatenmishandlungen in Frage kämen, sollte niemals die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Generalleutnant Sirt v. Amin: Auch die Militärverwaltung hat aus der Kriminalstatistik mit Freuden festgestellt, daß die Soldatenmishandlungen zurückgegangen sind. Das beweist, daß die Worte des Kriegsministers nicht Worte gestanden sind. Durch die gemäßigtere Erweiterung der Statistik würden zuviele persönliche Momente in die Statistik kommen. Es darum in allen Punkten der Resolution die Militärverwaltung wird entsprechen können, glaube ich kaum. Die vorgetragenen Fälle vom Abg. Stücken sind für mich im Augenblick unkontrollierbar. Um mich darüber zu äußern, müßte ich die Akten genau kennen. (Schrichtig! rechts.) Bei den Subordinationsvergehen richtet sich das Vergehen gegen die Dienstaufsicht, die die Grundlage für jede militärische Organisation ist. Darum müssen diese besonders streng bestraft werden. (Beifall rechts.)

Abg. Wagner (son.): Auch wir verurteilen die Soldatenmishandlungen. Der Resolution des Zentrums werden meine Freunde zustimmen.

Abg. Roth (wirtsch. Vgl.) befragt sich über mannlige Zustellungen der Militärbeamten, auf der oberen, gegenüber den Offizieren.

Abg. Stücken (Soz.): Herr Wagner wirft uns Sozialdemokraten vor, daß wir den Mannschaften die Dienstfreudigkeit nehmen. Das haben wir ja schon oft gehört. Aber wenn solche Dinge im Militär vorkommen, so ist es der Militarismus selbst, den den Leuten die Dienstfreudigkeit nimmt.

Abg. Stadig (Soz.), der mit Stücken vom Material die Tribüne betritt und mit Chokufen empfangen wird, trägt einen Fall in Stich vor, um daraus zu beweisen, mit welcher Verlangensheit von den Militärgerichten vorgegangen werde. So bei der Bemessung von Zeugenaussagen, durch Ausschaltung ganz unverständlicher Zeugen. In dem betr. Falle sei das Vergehen gegen einen Gendarm abgelehnt worden, da an einem Arbeiter zum Mörder gemordet sei. Der Fall jenseit wieder, daß Gendarmen überhaupt vor die ordentlichen Gerichte kommen müßten und nicht den Militärgerichten unterstellt bleiben dürften.

Generalmajor Sirt v. Amin: Der Fall wird untersucht werden. Aber weshalb wendet sich der Herr Abg. nicht vorher an uns, daß wir uns über die Sache unterrichten können? Auf die Ausfälle des Vorredners im allgemeinen gegen Militärgerichte und Armeegesehe ich nicht ein, um so weniger, als mir nicht die Tonart des Vorredners zur Verfügung steht.

Die Resolution des Zentrums wird angenommen.

Die Verhandlung wendet sich dem dem Aggregiertenfonds zu. Der Etatsentwurf der Regierung fordert in diesem Fonds die Mittel für 200 Offiziersstellen. Die Budgetkommission

hat nur die Mittel für 120 Stellen bewilligt und der Militärverwaltung die Befugnis gegeben, bei Mehrbedarf im Rechnungsjahr 1908 900000 Mark über den Etat zu verausgaben.

Die Budgetpartien beantragen Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Erbsberger (Str.): Hier ist der Ort, Erparnisse zu machen. Es handelt sich um einen großen politischen Gesichtspunkt. Wird der Aggregiertenfonds erhöht, so erweitert man die Befugnis des Militärkabinetts, dem die Anwesenheit unterliegen.

Abg. Dr. Eidelmann (Soz.): Ich bin neugierig, wie die Herren vom Freisinn ihren neuen Umfall begründen wollen. Sie haben die Kanone erlunden, die vorn und hinten losgeht (Heiterkeit); getern haben sie gegen die Ausdehnung der distinktionären Befugnisse des Militärkabinetts gesprochen und heute wollen sie seine Macht härten.

Abg. Niebermann von Sonnenberg (wirtsch. Vgl.): Die Freisinnigen verdienen für ihre Selbstverbindung Dank. Sie zeigen jetzt Verständnis für nationale Fragen. Der Aggregiertenfonds ist von großer Wichtigkeit für die Arme.

Abg. Graf Driels (nlt.): In der Kommission haben die Herren erst den Vorschlag gemacht. Nach den Ausführungen des Kriegsministers, daß das nicht zu viel war, haben sie sich den Schanden begeben und sich gesagt: wir haben einen dummen Streich gemacht, da gehen wir der Regierung für dieses Jahr die Befugnis, mehr zu bewilligen. Warum geben Sie nicht zu, daß Sie im Unrecht waren?

Abg. Dr. Eidelmann (fr. Vgl.) bestätigt diesen Verlauf der Sache. Dies soll eine große politische Frage sein? Tant de bruit pour une omelette! Wir wollen sie eben zur politischen Frage nicht aufbauen lassen.

Generalleutnant Sirt v. Amin: Es handelt sich in der Tat um ein großes Interesse der Arme. Es stehen Mobilmachungsinteressen in Frage. Der Kriegsminister hat in der Kommission darüber gesprochen, hier kann ich natürlich nicht darauf eingehen.

Abg. Erbsberger (Str.): Für die Mobilmachung bewilligen wir alles Notwendige. Aber der Kriegsminister hat die Sache nicht damit begründet, sondern mit Verbesserung des Anwesenments.

Generalleutnant Sirt v. Amin stellt durch Verlesung des Kommissionsprotokolls fest, daß der Kriegsminister tatsächlich auch über die Mobilmachungsfrage gesprochen hat.

Abg. Dr. Neumann-Safer (fr. Vgl.): Ein Teil meiner politischen Freunde hat sich nicht davon überzeugen können, daß der Fonds in dieser Höhe nötig ist.

Das Zentrum beantragt namentliche Abstimmung. Diese findet morgen statt.

Abg. Roth (wirtsch. Vgl.) kritisiert den Wunsch aus, daß auch in Württemberg der Getteinsatz nicht wie bisher durch die Schultheißen, sondern wie in Preußen durch das Bezirkskommando erfolgt.

Oberst v. Dorzer sagt wohlwollende Erwägung und, wenn möglich, Berücksichtigung zu.

Abg. Erbsberger (Str.) bringt die schon in der Kommission eingehend erörterte Angelegenheit der Duisburger Werke zur Sprache. Es handelt sich um den von der Militärverwaltung obgesetzten Anspruch der freien Arbeitskraft und die Abziehung einer Pauschalzahlung durch den Duisburger Hersteller.

Generalleutnant Sirt v. Amin erklärt, freie Arbeitskraft könne in der Arme nicht getattet werden und spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen zu einer günstigen Vereinbarung führen werden.

Der Vortragsreferent hat inzwischen eine Eingabe an das Kriegsministerium geleistet, die nach nicht eingeleitet ist. Erbsberger wird in dritter Lesung auf die Frage zurückkommen.

Die in den letzten Tagen verhandelten Resolutionen über die Erhöhung des Mannschafstodes werden zur Abstimmung gebracht. Unter Abziehung der Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums gelangt die Resolution der Kommission zur Annahme, die die Erhöhung für das nächste Jahr wünscht.

Freitag 1. Uhr: Namentliche Abstimmung über den Aggregiertenfonds. Auserkennung mit Antrag Schwarzin, dann Militäretat.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

26. Sitzung vom Donnerstag, 6. Februar.

Am Ministertische: Breitenbach.

Präsident v. Krüger eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Etat der Bauverwaltung.

Abg. Dörfel (fr.) freut sich über die Steigerung des Verkehrs auf dem Dortmund-Ems-Kanal und bittet den Minister um eine Auskunft über die Verhandlungen wegen der Schiffahrtsabgaben.

Minister Breitenbach: Die preussische Regierung erstrebt eine verkehrsfreundliche, alle berechtigten Interessen schonende Lösung der Abgabenfrage im Einverständnis mit den Bundesstaaten. Sie wird die bestehenden Zweifel durch eine authentische Auslegung der Verfassung im Wege der Reichsregierung zu lösen suchen. Sie wird ferner zur Gründung von Stromläsen streiten. Sie wird die Einnahmen der Schiffahrtsabgaben zur Verbesserung der Wasserstraßen verwenden, deren Verkehr die Einnahmen geliefert hat. Um den Ausbau gleichmäßig zu fördern, wird die Bildung von Zweidirektoren der beteiligten Schiffahrtsstraßen in der Weise vorgeschlagen, daß die Einnahmen aus den Schiffahrtsabgaben des ganzen Stromgebietes, ohne Unterschied, um welchen Staat es sich handelt, zur Befriedigung der gemeinsamen Strombedürfnisse verwendet werden. Preußen wird die großen Mittel, die ihm aus seinem weitaus bedeutendsten Stromgebiete zufließen zu gemeinsamen Zwecken des Fortschrittes der deutschen Schiffahrt zur Verfügung stellen. (Hört! hört!) Die Regierung glaubt, dadurch den nationalen Interessen auf dem Gebiet des Wasserstraßenwesens wirtschaftlich zu dienen und neue Bande der Gemeinschaft innerhalb des Reiches zu knüpfen. Es ist ein Gedanke nicht unähnlich demjenigen, der vor 7 Jahren bei der Bildung des deutschen Zollvereins geführt hat. Wir hoffen, bei der Lösung der Aufgabe auf bundesfreundliches Entgegenkommen. Wir lassen uns nicht im mindesten, sondern nur von großzügigen Gesichtspunkten leiten. (Beifall.) Die Frage im Referat ist gestellt. Der Rhein herbeizutreiben, ebenso die Elbe.

Abg. Herold (Str.): Wir sind für Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Strömen zu haben.

Abg. v. Arnim (son.): Wir wollen Schiffahrtsabgaben nur zur Verbesserung der Ströme, aber nicht zur Erhöhung der Staatseinnahme.

Abg. Wömel (fr. Vgl.): Die Erklärungen des Ministers können die Grundlage zu einer Verständigung auf dem Gebiete der Schiffahrtsabgaben bilden. Der Redner fragt an, ob die Stromläsen auch durch Kapitale aus der Vergangenheit be-

lastet werden sollen, und ob das Stromgebiet bei Gründung der Klassen auf sich selbst angewiesen sein, oder ob der Staat noch weitere Zuschüsse zu den Verbesserungen liefern soll.

Minister Breitenbach: Die Frage, ob die Stromläsen durch Kapitale der Vergangenheit belastet werden sollen, ist freilich über an der Lösung dieser Frage werden die Verhandlungen nicht scheitern. Die weitere Frage, ob das Stromgebiet bei Gründung der Klassen auf sich selbst angewiesen sein soll, oder ob der Staat noch weitere Zuschüsse zu den Verbesserungen liefern soll, wird nach der Leistungsfähigkeit ganz individuell behandelt werden.

Abg. Hiesch (nlt.): Wir stimmen im allgemeinen den Erklärungen des Ministers zu.

Abg. Gähling (fr. Vgl.): Hoffentlich läßt sich die Frage der Schiffahrtsabgaben unter Wahrung der Verfassung lösen. Ein Druck von Preußen würde die Bundesfreiheit gefährden.

Abg. Schmieding (nlt.) meint, daß es auch im fiskalischen Interesse liege, wenn die Rheinseite die künstlichen Wasserstraßen befreiten könne.

Bei den „Dauernden Ausgaben“ erklärt Abg. v. Heppenheim (son.), daß die Kanalisierung der Mosel und des Saar nur jetzt nicht beabsichtigt sei. Die Erklärung des Ministers über die Schiffahrtsabgaben bedeute eine Klarheit in der Entwicklung dieser Frage. Der Redner warnt vor zu weitgehenden Forderungen bezüglich der Vergrößerung der Kanäle. Die Größe sei durch die Kanalvorlage festgelegt. Für den Dortmund-Ems-Kanal sei schon viel getan, daß zu tun sei nichts mehr übrig bleibe. Der Hafen in Emben werde sich hoffentlich nicht nur zu einem national-preussischen Handelshafen, sondern auch zu einem Stützpunkt für unsere Marine entwickeln. (Beifall.)

Abg. Dr. Köstling (nlt.) hofft auch, daß der Hafen in Emben später einmal in gewisser Beziehung Hamburg und Bremen Konkurrenz machen werde.

Abg. Hiesch (nlt.) hebt hervor, daß durch die Kanalisierung der Saar und Mosel die südwestdeutsche Eisenindustrie bevorzugt werde gegenüber Rheinland und Westfalen. Es liege da wirtschaftliche Interessen von höchstem Wert auf dem Spiele.

Minister Breitenbach: Früher war das Saarrevier gegen die Kanalisierung beider Flüsse, das Ruhrrevier dafür, jetzt ist es gerade umgekehrt. (Heiterkeit.) Im übrigen sind die Erwägungen wegen der Kanalisierung noch nicht beendet.

Abg. Gähling (fr. Vgl.) bestätigt die noch zu erwartende Verlage über den Kaiserlichen Kanal. Der Redner fordert nach der Regulierung der Regat und Schiffbarmachung des oberen Rheins.

Minister Breitenbach: Die bisherigen Mittel sollen dazu dienen, festzustellen, wie der obere Regat schiffbar zu machen ist.

Abg. Herold (fr.) bittet, den übertriebenen Luxus bei öffentlichen Bauten zu vermeiden und tritt für Regulierung der Regat ein.

Interaktionssekretär v. Coels erklärt, daß die Vorarbeiten zur Regulierung beendet seien.

Eine Reihe von Titeln werden bewilligt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Sonnabend, 11. Uhr vorm.: Kleine Vorlagen, Bauverwaltung (Vorlesung).

Schluß 4 1/2 Uhr.

Ausland.

Verhenthal nicht amtsidde.

Die in einem Berliner Blatt veröffentlichte Nachricht, daß Verhenthal amtsidde sei, ist der „West. Zig.“ zufolge vollständig grundlos. In der gestrigen Sitzung der ungarischen Delegation wurde die bestehende Differenz beigelegt, so daß die Bewilligung des Budgets sichergestellt ist.

Der russisch-österreichische „Globe“ in Paris bringt einen heißen Angriff auf Verhenthal und Österreich-Ungarns Balkanpolitik. Die Rede nehme mit einem Male gegen die Slaven Partei und begünstige brutal die Griechen. Das Vorgehen Österreichs komme einer Herausforderung Bulgariens gleich, das sich seiner geschilderten Pflicht gegenüber Bulgarien bewußt sei. Am Ende der von Österreich eingeleiteten Bewegung liege der Krieg. Aufhören der Verhandlungen, Frankreich, könne bei dieser plötzlichen Wiedererwähnung der orientalischen Frage nicht gleichgültig bleiben. Dieser Schlußsatz drückt zweifellos keine Pariser, sondern Petersburger Anschauungen aus.

Die Vorgänge in Portugal.

Der König von Portugal hat mehrere verfassungswidrige Verfügungen Francisco aufgegeben. Die der „Tag“ aus Lissabon meldet, letzte König Manuel habe die neuen Minister: „Hätte doch die Regel nicht getroffen und meinen geliebten Bruder verschont. Als er von unseren Kolonien heimkehrte, war ich ganz hoch darauf, wie schön und treffend er alles darstellte, wie sein Bild das Große und Kleine erfüllt hatte. Nun freilich, er war von Vater und Mutter für den Königsoberst erzeugt, ich dagegen erhielt wegen meines hohen Alters eine ganz andere Ausbildung. Aber lassen Sie allen Leuten, daß ich hundert Malen bin, das Volk möge nur Vertrauen in die Zukunft haben. So liebe unser Land, unser Volk von ganzem Herzen.“ König Manuel verbringt fast den ganzen Tag im Arbeitszimmer der Regentin, welche ihn mit dem Inhalt der wichtigsten einkaufenden und zu expedierenden Depeschen vertraut macht.

König Alfons von Spanien

berichtet: Der König, der in der Nähe von Sevilla auf der Jagd weilte, unterbrach bekanntlich infolge der Affäre des Cremonais seinen Jagdaufenthalt und lehrte nach Madrid zurück. Bei der Verabschiedung von seinen Jagdpartnern soll der König — halb im Scherz, halb im Ernst — gesagt haben: „Auf Wiedersehen, wenn es mir nicht eben so geht wie den Portugiesen!“

Franco auf der Flucht.

Juan Franco ist absolut unauffindbar. Entwürfe haben die Gerichte recht, welche behaupten, er sei ins Ausland geflüchtet, oder er hält sich in Lissabon verhalten. In den verschiedenen Häusern, die der ehemalige Minister in Lissabon besitzt, ist nichts über den gegenwärtigen Aufenthalt zu erfahren.

Armeebefehl des Deutschen Kaisers.

Das Armeebefehlungsblatt bringt folgenden Armeebefehl:

Ich bestimme hierdurch: Die Offiziere des Infanterieregiments Graf Taugenien von Wittenberg (3. Württembergischer) Nr. 20 legen, um das Ansehen ihres Regiments rühmlich zu erhalten, zum Opfer gefallenen Regimentschefs, des Königs von Portugal und Algarthen Karl I. Majestät zu ehren, drei Wochen Trauer an. An den Be-

